



## Niederschrift

48. Sitzung Hauptausschuss  
6. Februar 2024, 16:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Konzeptbeschluss: Variantenentscheidung für den barrierefreien Ausbau der Straßenbahn- und Bushaltestelle „Hübschstraße“ sowie Umgestaltung des gesamten Straßenraums  
Vorlage: 2023/0425/1

Punkt 1.1 der Tagesordnung: Variantenentscheidung für den barrierefreien Ausbau der Straßenbahn- und Bushaltestelle „Hübschstraße“ mit Gleis- und Fahrleitungserneuerung zwischen Kühler Krug und Weinbrennerplatz sowie Umgestaltung des gesamten Straßenraums  
Änderungsantrag: CDU  
Vorlage: 2023/0425/2

Punkt 1.2 der Tagesordnung: Fragen zum geplanten Umbau Kriegsstraße/Haltestelle Hübschstraße  
Anfrage: FW|FÜR  
Vorlage: 2023/0425/3

Punkt 1.3 der Tagesordnung: Umbau westliche Kriegsstraße  
Änderungsantrag: KAL/Die PARTEI  
Vorlage: 2023/0425/4

Punkt 1.4 der Tagesordnung: Konzeptbeschluss zur Variantenentscheidung für den barrierefreien Ausbau der Straßenbahn- und Bushaltestelle „Hübschstraße“ mit Gleis- und Fahrleitungserneuerung zwischen Kühler Krug und Weinbrennerplatz sowie Auftrag zur vertieften vorbereitenden Untersuchung des gesamten Straßenraums  
Änderungsantrag: SPD  
Vorlage: 2023/0425/5

## Beschluss:

Kenntnisnahme in Rahmen der Vorberatung

## Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

**Der Vorsitzende** eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und teilt die Namen der entschuldigt fehlenden Stadträt\*innen mit. Anschließend ruft er Tagesordnungspunkt 1 zur Behandlung auf. Es handle sich um eine Vorberatung für den Gemeinderat.

**Stadtrat Löffler (GRÜNE)** stellt fest, aus dem Termin zusammen mit den Verkehrsbetrieben, Stadtplanungsamt und anderen Beteiligten am 16. Januar sei hervorgegangen, dass die unterschiedliche inhaltliche Auslegung sich vor Ort in der Kriegsstraße widerspiegele. Es habe einige Wortmeldungen gegeben, die sich gegen die Planungen des Radwegs ausgesprochen hätten, genauso habe es Wortmeldungen von dort wohnenden Menschen gegeben, die sich für die Lösung der Verwaltung ausgesprochen hätten. Das zeige, dass es ein deutlich längerer Dialogprozess werde, welcher mit der geänderten Beschlussvorlage auch angenommen werde. Diesem Prozess könne man gerne folgen, denn die Umgestaltung der Haltestelle und der Gleisanlagen für einen besseren Straßenbahnbetrieb sei nahezu unkritisch. Wenn es dann aber um die Radwege und Parkraumplanungen gehe, habe es noch Zeit, was die Vorlage auch widerspiegele.

**Stadtrat Pfannkuch (CDU)** kann die Worte seines Vorredners bestätigen. Dass man alle Seiten zufriedenstellen könne, sei nicht zu erwarten. In der Veranstaltung der VBK und auch in der sehr gut besuchten Veranstaltung der CDU sei es sehr differenziert und sachlich zugegangen. Trotz allem konnte weder die eine noch die andere Veranstaltung das grundsätzliche Problem aufarbeiten.

Seine Fraktion sei der Auffassung, dass es nicht drei Hauptkriterien geben könne, mit denen man diesen Prozess abwägen müsse, sondern es müsse auch der vierte Punkt berücksichtigt werden, den die Verwaltung bisher ausgeblendet habe. Erst auf Drängen weiter Teile des Gremiums habe man das Problem des Parkdrucks und des ersatzlosen Streichens von sehr vielen Stellplätzen berücksichtigt und versucht aufzugreifen. Man sei nicht der Meinung, dass dies ein Kriterium sei, das man vor sich herschieben könne. Vielmehr hätte man von vornherein klar sagen müssen, welche Möglichkeiten bestünden. Dieses Problem hätte in die Vorlage aufgenommen werden müssen und nicht auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. In der geänderten Vorlage werde nun vorgeschlagen, die Einzeichnung des Radwegs erst vorzunehmen, wenn man dem Gemeinderat eine Alternative vorgeschlagen habe, die dieser dann akzeptiere. Sei es denkbar, diese Straße auszubauen und die bisherigen technisch vertretbaren Flächen für Stellplätze einzuzeichnen? Könne man dann die Einzeichnungen ändern und vielleicht dem Mehrheitsbeschluss des Gemeinderates folgen, aus den Parkbuchteinzeichnungen eine Radwegeeinzeichnung zu machen?

**Stadträtin Melchien (SPD)** merkt an, das Problem sei, dass der Raum begrenzt sei. Auch ihre Fraktion sei nicht überzeugt, ob man eine für alle verträgliche Lösung schaffen könne. Man sehe schon, dass die Parkraumuntersuchung erst noch solide dargestellt und überzeugen müsse. Es brauche eine Stadtteilkonferenz, bei der nochmals die Ergebnisse vorgestellt und auch grundsätzlich diskutiert werden können, wenn die genaue Untersuchung vorliege.

**Der Vorsitzende** entgegnet, auch eine verbesserte Situation in der Weinbrennerstraße ändere nichts daran, dass man bei einer Umgestaltung der Straße versuchen müsse, die Sicherheitsaspekte zu verbessern. Deswegen müsse man einen Vorschlag machen, vor allem auch dann, wenn man die Gleise mehr in die Mitte der Fahrbahn verschiebe, welchen alle Verkehrsbeteiligten zu ihrem Recht und zu ihrem Schutz bringe.

Was man jetzt vorschläge, sei deshalb möglich, weil das Planfeststellungsverfahren noch nicht vorgebe, was man dort machen müsse. Die Straßengestaltung sei zunächst unabhängig davon, ob man am Ende Parkplätze einzeichne oder eine Fahrradspur. Dieser Umstand lasse es jetzt zu, dass man diese beiden Dinge voneinander trenne. Es werde am Ende aber immer eine Negativbilanz für Parkplätze geben. Jetzt gehe es darum festzustellen, dass in den Nachbarstraßen möglich und sinnvoll sein könne, zusätzliche Parkplätze zu finden. Das werde aber nicht das ausgleichen, was an anderer Stelle wegfalle. Durch eine Überarbeitung und Erweiterung der Anwohnerparkzone versuche man, eine bestimmte Nutzung durch andere Verkehrsteilnehmer herauszubekommen.

Auf der Bürgerversammlung habe man festgestellt, dass die Ankündigung, welche schon immer in der Vorlage gestanden habe, nicht durch Planungen hinterlegt gewesen sei. Um den Jahreswechsel 2025/26 könne man dann sagen, wieviel Parkraum man geschaffen habe, welche Reduzierung des Parkdrucks man durch das Anwohnerparken erwarte und welche negative Bilanz am Ende bleibe. Der Gemeinderat müsse dann die Entscheidung treffen. Diese Entscheidung müsse man getroffen haben, bevor man mit den Baumaßnahmen anfangen, damit die Menschen wissen, was auf sie zukomme. Die Anregung der SPD, nochmals mit allen Beteiligten zu diskutieren, nehme man gerne auf. Am Ende müsse aber die Politik entscheiden. Der Vorschlag einer Planungswerkstatt sei nicht besonders hilfreich, weil man in den Diskussionen schon herausgefunden habe, am Ende gehe es um eine Konkurrenz Fahrradspur versus Parkplätze. Die Anregung einer Planungswerkstatt wolle er aber für zukünftige Projekte gerne aufnehmen.

**Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI)** stellt fest, es gehe seiner Fraktion um ein gemeinsames Erarbeiten mit der Bürgerschaft, mit den Betroffenen vor Ort. Das fehle hier und werde draußen nicht verstanden. Es erzeuge einen großen Unmut, die Bürger fühlten sich nicht mitgenommen. Auch jetzt werde wieder etwas vorgegeben, statt die Betroffenen vor Ort anzuhören.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.)** meint, die Weinbrennerstraße sei keine Alternative, weil diese eine Einbindung nach Grünwinkel schwierig mache. Es sei eine der wichtigsten Verbindungen an die Stadtteile an der Südalb. Wichtig sei auch, dass man die Situation des ÖPNVs im Blick behalte. Das vorgeschlagene Verfahren sei gut. Ein zeitlicher Vorlauf sei wichtig, damit es zu einer guten Diskussion komme. Nicht vergessen dürfe man, dass es auch für den ÖPNV wichtig sei, dass es eine enorme Verlangsamung bedeute, wenn die Radfahrer\*innen mitten in den Schienen fahren. Dies müsse man im Blick behalten und eine Lösung finden.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD)** kann die Ausführungen seiner Vorrednerin nicht nachvollziehen, weder was die Weinbrennerstraße, noch was die Straßenbahnschienen angehe. Aus seiner Sicht sei es kein Problem, dass Fahrradfahrer, Straßenbahnen und Autos parallel fahren.

Es mache wenig Sinn, eine Bürgerbeteiligung mit den betroffenen Bürgern zu veranstalten, wenn es dann von Fahrradverbänden wie dem ADFC dazu benutzt werde, aus der ganzen Stadt Mitglieder dorthin zu bringen, die dann abgestimmte Redebeiträge vortragen. Wie wolle man solche Dinge in Zukunft verhindern?

**Stadtrat Hock (FDP)** bekennt, Herr Cramer habe Recht, wenn er sage, dass die Politik die Bürgerinnen und Bürger auf der Strecke verliere. Auch hier in Karlsruhe habe man die Pflicht, so gewissenhaft und ausgewogen wie möglich für die Bürgerinnen und Bürger zu

planen. Wenn man sich dieses Gebiet ansehe, werde man feststellen, dass alles, was man sich gerne wünsche mit barrierefreiem Ausbau, Fahrradstreifen einzuziehen und Parkflächen zu erhalten, zusammen nicht funktionieren werde.

Die Straße sei bisher kein Unfallschwerpunkt gewesen. Dann müsse man sich die Frage stellen, ob es richtig sei, jetzt in dem Bereich etwas einzubauen, wenn die Bürgerinnen und Bürger und der Bürgerverein das nicht wollten. Die Unterstützung seiner Fraktion werde man hierzu nicht bekommen. Es werde viel Parkraum wegfallen. Dann werde man nach Alternativen in den Nachbargebieten suchen. Es werde viel Suchverkehr geben. Für seine Fraktion sei ganz klar, dass der barrierefreie Ausbau der Haltestelle gemacht werden müsse. Alles andere müsse man aber nicht machen. Wenn man es durchziehe, seien am Ende die Parkplätze weg. Seine Fraktion wolle dies nicht, weshalb man es nicht mittrage.

**Stadtrat Hofmann (CDU)** stellt fest, es gehe darum, ob man dort einen zusätzlichen Fahrradweg haben wolle oder nicht. Das könne man direkt entscheiden und müsse man nicht weiterweg schieben. Die Verwaltung wolle ihn. Bei den Veranstaltungen seien vor allem Anwohner von dort dabei gewesen. Die Fahrradfahrer seien zum großen Teil nicht von dort gewesen. Diese wollten vor allem dort schnell durchfahren. Daher müsse man abwägen, wen es stärker betreffe und wen nicht.

Den barrierefreien Ausbau der Hübschstraße trage jeder mit. Wenn man jetzt aber zustimme, schaffe man die Grundlage für die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens. In Punkt 2 der Vorlage stehe, unter Zugrundelegung der Vorzugsvariante A1 bekomme man rechtzeitig noch etwas vorgelegt. Aber dann sei die Planung schon da. Im Prinzip sei es eine klare Entscheidung: wolle man den Radweg dort oder wolle man ihn nicht. Die große Anzahl der Anwohnerinnen und Anwohner wolle diesen Radweg nicht. Deswegen werde auch seine Fraktion diesen Beschluss nicht mittragen. Es sei eine Vorfestlegung. Es sei die Rede davon, dass man jetzt plane und dann könne man sich immer noch überlegen, was man mache. Aber wenn die Planung vorliege, müsse es so gemacht werden. Man müsse den Bürgern reinen Wein einschenken und dann entsprechend die Entscheidung treffen.

**Stadträtin Göttel (DIE LINKE.)** entgegnet, genau das sei jetzt das Verfahren. Die Bahnanlage werde so verschoben, dass die Parker in der Mitte nicht mehr im Weg seien. Der zweite Punkt sei dann die Frage, komme an die Seite ein Parkstreifen oder ein Radstreifen. Genau diese Frage könne man im Laufe des Verfahrens noch klären.

**Der Vorsitzende** hält entgegen, hier gehe es darum, eine barrierefreie Haltstelle einzubauen. Weil man auch die Gleise erneuern wolle, müsse man an die Straße herangehen. Im Rahmen der aktiven Mobilität wurde die Verwaltung beauftragt, dann immer die aktive Mobilität zu fördern, was hauptsächlich den Fuß- und Radverkehr betreffe. Dann sei es logisch, dass man so etwas vorlege.

Man habe dem Gemeinderat versprochen, ein Parkraumkonzept dort zu entwickeln und diese zusätzlichen Parkplätze konkret einzuzeichnen. Dies wolle man jetzt erarbeiten. Das, was er jetzt beschreibe, habe nichts damit zu tun, dass es eine große Unzufriedenheit über die Politik gebe, sondern es habe etwas damit zu tun, dass es dort um ganz andere Themen und Prozesses gehe. Hier könne man nur das vorgeben, was aufgrund der Beschlusslage von der Verwaltung und auch aufgrund rechtlicher Rahmenbedingungen zu verlangen sei. Das habe man getan.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er die erfolgte Vorberatung fest.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –  
21. Februar 2024